Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unс. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 249. Sonnabend den 6. September 1890. 84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 7. September, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der officielle Anfang der diesjährigen **Michaelismesse** fällt auf den **29. September** und es endigt dieselbe mit dem **18. October.**

Während dieser 3 Wochen können alle **in- und ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbtreibende ihre Waaren hier öffentlich feilbieten.

Doch kann der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Vorwoche, vom 22. September an, betrieben werden.

Das Auspacken der Waaren ist den Inhabern der Meßlocale in den Häusern ebenso wie den in Buden und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Böttcherwoche gestattet.

Zum **Einpacken** ist das Offenhalten der Meßlocale in den Häusern auch in der Woche nach der Zahlwoche erlaubt.

Jede frühere Eröffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocals, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird, außer der **sofortigen Schließung,** jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.

Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Zahlwoche das Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, den 12. August 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Die Meßbörse für die Lederindustrie in nächster Michaelismesse wird

Dienstag, den 23. September dss. Js., Nachmittags von 2 bis 4 Uhr,

im Saale der **„Neuen Börse"** hier abgehalten werden.

Leipzig, den 12. August 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trendlin. Hennig.

Wohnungs-Vermiethung.

Im I. Stockwerk des Hintergebäudes des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Hausgrundstücks Universitätsstraße Nr. 22 ist eine kleine Wohnung sofort oder den 1. October dieses Jahres gegen vierteljährliche Kündigung anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 3. September 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 6270. Dr. Georgi. Pücker.

Bekanntmachung.

Am 22. August d. J. ist aus einem hiesigen Geschäftscouvert 1) ein von der Firma Hütte-Schleifen in Neuhausen b. München für die Firma Berth. Sigismund in Leipzig ausgestellter **Check über 461 Mark 25 Pfg.** auf die Bayerische Vereinsbank zu München, de dato Neuhausen, 19. August 1890, und 2) ein mit der aufgedruckten Firma „Berth. Sigismund-Leipzig-Berlin SW, Fabrik-Papierlager" und dem Namen des Bezogenen, nicht aber des Ausstellers oder eines etwaigen Acceptanten versehenes **Wechselformular über 332 Mark** lautend, auf welcher „Ausstellungstag der 22. August a. c. und als Fälligkeitstag der 7. Septbr. d. J. angegeben sind, **gestohlen** worden.

Indem wir vor Mißbrauch dieser Papiere warnen, ersuchen wir von etwaigen Wahrnehmungen, die zur Wiedererlangung derselben und zur Ermittelung des Diebes führen können, unverzüglich unsere Criminalabtheilung — Naschmarkt Nr. 2, Erdgeschoß — in Kenntniß zu setzen.

Leipzig, am 4. September 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Rb.

Productenbörse zu Leipzig.

Die den Mitgliedern der Productenbörse zustehende **Wahl von 3 Mitgliedern des Schätzungs-Ausschusses für 1890** findet

Dienstag, den 9. September d. J.

unmittelbar nach Börsenschluß im Vorstandszimmer statt. Näheres ist aus dem Börsen-Anschlag zu ersehen.

Leipzig, 30. August 1890.

Die Abgeordneten der 2. Abtheilung des Börsenvorstandes:
F. Schmidt. Georg Schroeder. Louis Steinbrecht.
Vogel, Börsensecretair.

Erledigte Bürgermeisterstelle.

Die erledigte Stelle eines Bürgermeisters für hiesige Stadt soll möglichst sofort auf die Dauer von 6 Jahren mit einem Juristen, welcher die in §. 84 Abs. 2 der Revidirten Städteordnung zur Annahme eines selbstständigen Richteramtes bez. zur Ausübung der Advocatur vorgeschriebene Befähigung besitzen muß, neu besetzt werden.

Das Einkommen dieser Stelle beträgt einschließlich des Fixums für Verwaltung des Standesamtes, die Uebertragung der letzteren auf den zu Wählenden vorausgesetzt, jährlich **4000 ℳ,** wobei bemerkt wird, daß derselbe als Vorsitzender hiesiger Sparcasse eine Caution von 1000 ℳ zu hinterlegen hat.

Bewerber wollen ihre Gesuche nebst Zeugnissen und Lebenslauf, sowie mit der Angabe, zu welcher Zeit spätestens ihr Amtsantritt erfolgen kann, bis zum

20. September 1890

anher gelangen lassen.

Markranstädt, den 25. August 1890.

Der Stadtrath. J. V.: Ronniger.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthause allhier

Dienstag, den 9. September a. c., Vormittags von 9 Uhr an

eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel, Haus- und Küchengeräthe, Betten, einige Kistchen Cigarren, ein größerer Handwagen und dergl. mehr meistbietend versteigert werden.

Leipzig, den 4. September 1890.

Das Armenamt.
Hentschel. Jungkühnel.

Zum Andenken an Minister v. Lutz.

Die Bedeutung des Ministers v. Lutz liegt in der Stellung, welche er dem Deutschen Reiche einerseits und der Kirche andererseits gegenüber einnahm. Er ist es gewesen, welcher im vollen Verständniß der Zeitlage den ersten Anstoß dazu gegeben hat, daß in Bayern ein anderer Geist lebendig geworden ist, daß man auch dort angefangen hat, sich von den lähmenden Fesseln einer Alles beherrschenden Geistlichkeit los zu machen. Er war es, welcher den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Agitationen in seiner ganzen Verderblichkeit erkannte und welcher die Zustimmung Bayerns zu dem Reichsgesetz über die Ausweisung der Jesuiten veranlaßte. Es ist bekannt, welche Wirkung die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas in Bayern hervorrief.

Der Stiftsprobst v. Döllinger stellte sich an die Spitze einer Bewegung, welche die Aufrechterhaltung der katholischen Dogmen in ihrer bisherigen Gestalt bezweckt. Die Anhänger dieser Richtung nannten sich Altkatholiken und den Boden für diese Bestrebungen bildete die Münchener Universität und die gebildeten Kreise der Münchener Bevölkerung. Anfangs schien die Bewegung sich über ganz Bayern verbreiten zu wollen, aber bald erstanden der Kirche streitbare Vertheidiger, welche alle Hebel in Bewegung setzten, um den drohenden Sturm zu beschwören. In den vordersten Reihen kämpften die Bischöfe von Eichstätt und Regensburg, v. Leonard und Senestrey, für das Unfehlbarkeitsdogma und ihnen standen aus Laienkreisen kräftig zur Seite der Bibliothekar von Landshut Jörg und der Münchener Rechtsanwalt Freytag.

Aber auch auf der Gegenseite waren redemächtige Kämpfer, vor allen Rechtsanwalt Völk und Professor Sepp. Weit hervorragend über die streitbaren Abgeordneten zeigte sich aber der Minister v. Lutz, welcher mit seiner zündenden Beredtsamkeit stets den Nagel auf den Kopf traf und wenigstens den moralischen Sieg stets auf seiner Seite hatte. Es wird uns unvergeßlich bleiben, mit welcher Energie und welcher Schlagfertigkeit er in den Jahren 1874 und 1875 den Angriffen der sogenannten Patrioten auf seine Politik und seine Person in der bayerischen Kammer gegenüber trat, so daß er schließlich als Sieger aus dem schweren Kampfe hervorging und mit Genugthuung feststellen konnte, daß die Positionen des Cultusbudgets in der Hauptsache genehmigt worden waren.

Damals hatten die Angriffe der Patrioten noch eine Nebenbedeutung, welche später in Wegfall gekommen ist, sie gelten indirect zugleich dem Deutschen Reiche und dem an der Spitze stehenden Preußen. Patrioten und Preußenfeinde waren in der öffentlichen Meinung gleichbedeutend, und der Redacteur des „Bayerischen Vaterland" Dr. Sigl sorgte durch tägliche Hetzartikel dafür, daß diese Auffassung die landläufige war und blieb. Die bayerischen Patrioten bildeten sich damals noch ein, daß sie die Einheit des Reiches in Frage stellen könnten und daß es nur eines durchschlagenden parlamentarischen Erfolges bedürfe, um das Ministerium Lutz zu stürzen und ein ultramontanes Ministerium an dessen Stelle zu setzen. Das war die allgemein verbreitete Ansicht, aber sie hatte zur Voraussetzung, daß Lutz seinen Gegnern nicht gewachsen sei. Darin haben sich die Patrioten allerdings gründlich getäuscht, denn die Reden des Ministers wirkten wie reinigende Gewitter, und von der öffentlichen Meinung getragen und mit Beifall begrüßt, fand er die Kraft, alle Angriffe siegreich abzuwehren.

Fühlte doch Jörg eine Zeit lang das Zeug in sich, als Reichstagsabgeordneter mit Bismarck in die Schranken zu treten und ihm Lehren über die Handhabung der auswärtigen Politik zu geben. Das war die Frucht des Uebermuths, an welchem die Vertreter der römisch-katholischen Kirche im politischen Leben stets gelitten haben, wenn sie glaubten, daß ein Triumph der Kirche über den Staat zu erringen sei. Gegen die Umtriebe eines Jörg und seiner [illegible] Sippe, den Pfarrer Rußwurm und den unfähigen [illegible], welche auf Seiten der Patrioten das große Wort führten, trat Lutz mit überlegener Sicherheit auf und kämpfte mit den Waffen des Geistes gegen Fanatismus und eitle Selbstüberschätzung. Lutz hatte das wirksamste Mittel zur Herbeiführung besserer Zustände in der Anstellung von Bischöfen gefunden, welche sich zu gemäßigten Grundsätzen bekennen und das Heil in der Versöhnung zwischen Staats- und Kirchengewalt, nicht in der Herrschaft der Kirche über den Staat erblicken. In Bayern werden die Candidaten für die erledigten Bischofsstühle nicht vom Domcapitel in Vorschlag gebracht, wie in Preußen, dort ernennt der König den Bischof und der Papst bestätigt ihn.

Gerade zu der Zeit, als der Culturkampf am heftigsten tobte, wurde der Bischofsitz in Bamberg frei, welchen bisher ein streitbares Mitglied der Kirche innegehabt hatte. Die Hoffnung der Patrioten war darauf gerichtet, daß er einen gleichartigen Nachfolger erhalten werde, aber Lutz bezeichnete als Inhaber des Bamberger Bischofstuhls einen Mann von versöhnlicher Gesinnung, Schreiber, welcher seine Aufgabe bis vor Kurzem in der dankenswerthesten Weise gelöst hat, indem er für den kirchlichen Frieden wirkte und ihn auch erzielt hat. Der gleiche Fall war es mit dem bald darauf freigewordenen Bischofsitz in Passau, auf welchen Lutz Weckert berief, ebenso wie nach Würzburg den Bischof Stein. Dadurch wurde der so überaus verderblichen Thätigkeit der Hetzcapläne der Boden entzogen, und in der Kammer traten allmälig die kirchenpolitischen Fragen mehr in den Hintergrund, bis sie in den letzten Jahren wieder brennend geworden sind, weil die Herren Daller und Genossen davon Wind bekommen hatten, daß an maßgebender Stelle der Altkatholicismus nicht mehr als zeitgemäß befunden werde.

Als Lutz bereits ein todtkranker Mann war, wurden die Altkatholiken vom Parlament als besondere Religionsgesellschaft anerkannt, eine Anerkennung, welche ihn sicherlich schwer betroffen hat und die das Zugeständniß enthält, daß nur solche Katholiken Anspruch auf Duldung haben, welche das Unfehlbarkeitsdogma zu den Lehren der katholischen Kirche rechnen. Man hat heute kaum noch Verständniß für diesen Unterschied, aber im Anfang der siebziger Jahre war er entscheidend, und die altkatholische Bewegung wurde für diejenige gehalten, welcher die Zukunft gehört. Die Zeiten haben sich geändert, die römische Curie hat Schritt für Schritt das Terrain wiedergewonnen, welches sie während des Culturkampfes verloren hatte, aber der Lutz'sche Kanzelparagraph und das Verbot des Jesuitenordens im Deutschen Reiche, zu dessen Erlaß Lutz nicht unwesentlich mitgewirkt hat, bestehen heute noch.

Die Katholikenversammlung in Koblenz hat Alles aufgeboten, um die Rückkehr der Jesuiten in das Deutsche Reich zu ermöglichen. Dieses Zugeständniß wird die Reichsregierung und das Parlament aber nicht machen, ebenso wenig wie das der Ueberantwortung der Schule an die Kirche. Deutschland hat an Lutz einen gewaltigen Vorkämpfer für die unantastbaren Rechte des Staats gegenüber den Anmaßungen der Kirche verloren. Er hat in der Zeit des Kampfes die Fahne der Aufklärung und des Fortschritts auf geistigem Gebiete hoch gehalten, er stand an einer sehr exponirten Stelle und hat sie mit Erfolg behauptet. Ehre sei seinem Andenken als einem der einsichtsvollsten Anhänger des deutschen Einheitsgedankens und der davon untrennbaren Rechte des Staates gegenüber der Kirche.

*

Leipzig, 6. September.

* Uebereinstimmend wird gemeldet, daß **Kaiser Wilhelm** in ganz ausgezeichnetem Gesundheitszustande und bester Stimmung aus Rußland heimgekehrt ist. In militairischen Kreisen, in deren Mitte der Kaiser sich in Lötzen bewegte, wird die geradezu überraschende Widerstandskraft denselben gegen körperliche und geistige Anstrengungen hervorgehoben. Der Kaiser ist beispielsweise in Lötzen über 24 Stunden in fortgesetzter Anspannung gewesen und dabei frischer geblieben als die allermeisten Herren seiner Umgebung. Auch den Anstrengungen der jetzt in Schleswig-Holstein stattfindenden Land- und Seemanöver ist der Kaiser vollkommen gewachsen und alle Berichte von dort heben das Wohlbefinden Seiner Majestät hervor.

* Ueber das **preußische Herrenhaus** schreibt man den „Hamburger Nachrichten" aus Berlin:

Das preußische Herrenhaus ist heute entfernt nicht mehr eine gleichmäßige Vertretung der geistigen und wirthschaftlichen Potenzen des Staates. In ihm überwiegt der stammgesessene Kleinadel der alten preußischen Ostprovinzen in einem weit über seine wirthschaftliche oder sociale Bedeutung hinausgehenden Maße. Die Westprovinzen, die neu erworbenen Landestheile, weisen eine ungleich geringere Vertretung auf; die Zahl der katholischen Herrenhausmitglieder ist vergleichsweise gering und Großhandel und Großindustrie entbehren, abgesehen von der regelmäßig den Bürgermeistern zufallenden Vertretung der Großstädte, jeder eigenen Repräsentanten. Das Recht der Krone, Mitglieder in das Herrenhaus aus besonderem Vertrauen zu berufen, hat diesen Fehler der Zusammensetzung einigermaßen gemildert, aber nicht entfernt ganz beseitigt. Gleichwohl wird dies der Regierung keinen Anlaß geben, die Reform des Herrenhauses in Angriff zu nehmen. Ein Fall freilich ist denkbar, in welchem trotzdem eine Reform des Herrenhauses wahrscheinlich wäre. Wenn nämlich in dem Herrenhause eine grundsätzliche Opposition gegen die Reformpläne der Regierung und der Volksvertretung sich entwickelte, so würde dies voraussichtlich das Signal zu einer Reform dieses Gliedes der gesetzgebenden Gewalt sein. Zwar bietet das Ernennungsrecht der Krone ein einfaches Mittel, eine tendenziöse Opposition der Pairskammer zu überwinden. Wie bereits erwähnt, ist davon auch gegenüber dem Widerstande gegen die Kreisordnung in Form eines großen Pairsschubs wirksam Gebrauch gemacht worden. Allein derselbe stellt doch einen überaus bedenklichen Nothbehelf dar und kann, ohne die Autorität eines der formell gleichberechtigten Factoren der Gesetzgebung gänzlich zu ruiniren, nicht öfter angewandt werden. Es kommt hinzu, daß Regierung und Volkskammer, sofern sie grundsätzlich über den Reformplan einig sind, sich eine planmäßige Opposition von einer so einseitig zusammengesetzten und der geistigen und wirthschaftlichen Entwickelung des Landes so wenig nicht entsprechenden Körperschaft kaum würden bieten lassen, sondern daraus Anlaß nehmen müßten, durch eine Reform der Wiederkehr derartiger Zustände vorzubeugen. In dieser Hinsicht wird ein Zweifel schließlich kaum bestehen können. Aber vorerst liegt kein entscheidender Anlaß vor, an ein solches Verhalten des Herrenhauses zu glauben. An der Neigung, gegenüber den Reformgesetzen zu frondiren, wird es allerdings sicher nicht fehlen. Aber diese Neigung erscheint meist nicht unüberwindlich. Die preußische Regierung scheint wenigstens von dieser Ansicht geleitet zu sein. Daraus deutet die Berufung zweier Führer der conservativen Partei von staatsmännischem Blick und Verständniß für die Forderungen der Zeit, der Herren v. Helldorff-Bedra und des Reichstagspräsidenten v. Levetzow, ins Herrenhaus. Man erwartet von ihrer Einsicht und ihrer Autorität in der conservativen Partei augenscheinlich eine günstige Einwirkung auf die Mehrheit des Herrenhauses. Es kommt aber noch weiter hinzu, daß innerhalb des letzteren auch in den Kreisen Derjenigen, welche an sich der Reformgesetzgebung abgeneigt sind, die Ueberzeugung obwaltet, daß eine planmäßige Opposition nur zu leicht den Anstoß zu einer Reform des Herrenhauses und damit zugleich zu einer Schwächung der Stellung der hochconservativen Richtung in dem preußischen Staatsorganismus führen müßte. Ohne Zweifel wird versucht werden, die Preisgabe einer grundsätzlichen Opposition zur Erreichung möglichst weitgehender Concessionen im Einzelnen zu verwerthen. Aber man wird die Grenze einzuhalten suchen, innerhalb deren man noch auf die Zustimmung der Regierung hoffen darf.

* Bei dem in Temir-Chan-Schura am Kaspischen Meer stehenden **dagbestanschen irregulären Reiterregiment** sind riesige **Unterschleife** aufgedeckt worden. Es liegen Fälle vor, in welchen die Mannschaften über ein halbes Jahr nicht die volle oder gar keine Löhnung ausgezahlt erhielten; die Sotniencommandeure hielten sie zurück. Vor etlichen Monaten fand dort eine Besichtigung statt. Bei solchen sind die Mannschaften verpflichtet, dem besichtigenden General zu melden, ob sie Forderungen haben; nur mit Mühe waren sie dazu zu bringen, den Bitten ihrer Vorgesetzten nachzugeben und ihre gerechten Forderungen zu verbrämlichen. Der Regimentscommandeur Fürst T. soll persönlich nicht an diesen Unterschleifen betheiligt sein, desto mehr der frühere Cassenchef des Regiments, ein Officier, der jetzt in Tiflis eine gute Stellung bekleidet. Auffallend ist, daß gerade jetzt das Regiment als besondern Gnadenbeweis die Bilder des Kaisers und des Großfürsten-Thronfolgers erhalten hat. Wie übertrieben nach russischen Sitten derartige zarische Gnadenbeweise aufgenommen werden, zeigte sich auch in diesem Falle. Das Regiment stand in Parade-Aufstellung, und als die Bilder herbeigebracht wurden, präsentirten die Truppen. Dann fand ein Dankgottesdienst statt, den für die christlichen Officiere und Mannschaften ein Pope, für die muselmänischen ein Mullah leitete. Diese übertriebene Huldigung ist um so bemerkenswerther, als das Regiment in den Augen der russischen Militairverwaltung so wenig zuverlässig ist, daß man sich bisher noch nicht hat dazu entschließen können, es zu einem regulären Cavallerie-Regiment in der Art der Kosaken-Regimenter umzubilden.

* Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß der wirkliche Grund der **Abwesenheit des Königs Humbert** beim Stapellauf des Panzerschiffs „Sardegna" in der würdelosen Haltung der Pariser Presse gefunden werden muß, die gegen die Absendung eines französischen Geschwaders nach Spezia heftig ankämpfte. Durchaus verfehlt wäre jedoch die Annahme, daß die Beziehungen der italienischen Regierung zur französischen gespannt wären, vielmehr geschieht es gerade mit Rücksicht auf die französische Regierung, wenn König Humbert die Reise nach Spezia unterläßt. Die Franzosen werden sich unter diesen Verhältnissen selbst nicht verhehlen können, wie taktlos das Vorgehen derjenigen ist, die die Höflichkeit der italienischen Regierung bei Gelegenheit der Reise Carnot's nach Corsica mit Grobheit und Verleumdungen erwidern. Das „Journal des Débats" veröffentlicht denn auch folgende Note, durch welche die französische Regierung anscheinend vollständig „degagirt" werden soll:

„Mehrere italienische Blätter, insbesondere die „Perseveranza" in Mailand, haben eine Nachricht gebracht und commentirt, nach welcher die französische Regierung beschlossen hätte, die französische Flotte nicht zur Begrüßung des Königs von Italien nach Spezia zu schicken. Sie folgern daraus, daß dieser Entschließung der französischen Regierung die vom Könige von Italien getroffene Entscheidung, dem Stapellaufe der „Sardegna" nicht beizuwohnen, zugeschrieben werden müßte. Diese Meldung ist durchaus unrichtig. Die französische Regierung hat nicht einen einzigen Augenblick geschwankt, das Mittelmeergeschwader nach den Gewässern von Spezia zu senden. Der Vertreter des Königs von Italien in Paris hat aus diesem Anlasse eine Mittheilung unseres Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erhalten, auf Grund deren es unmöglich ist, die höflichen Absichten der französischen Regierung in Zweifel zu ziehen."

Inzwischen gestaltet sich die Mythenbildung in der Pariser Presse über diesen Zwischenfall immer phantastischer; so meldet die „Nationalzeitung" aus Paris:

Die Nachricht, daß der König von Italien die Absicht aufgegeben hat, sich anläßlich des Stapellaufes der „Sardegna" nach Spezia zu begeben, wird hier als ein Ereigniß von großer politischer Wichtigkeit behandelt. Die französische Regierung hatte die Absicht zu erkennen gegeben, eine Flotte zur Begrüßung des Königs nach Spezia zu entsenden und trotzdem will König Humbert nicht hinkommen. Das ist geradezu unerhört. Die Journale, welche die Entsendung der Flotte nach Spezia am heftigsten bekämpft haben, schreien am meisten. Man sucht nach der Ursache der angeblichen Sinnesänderung des Königs. Die Einen erklären dieselbe einfach dadurch, daß der Kaiser Wilhelm den König ersucht habe (?), seine Reise aufzugeben, um dadurch die französische Flotten-Demonstration zu verhindern, die Anderen versichern: der König komme deshalb nicht, weil er erfahren habe, daß „die Italiener" geplant hätten, in Spezia eine kolossale Manifestation zu Gunsten der französischen Flotte (?), d. h. zu Gunsten Frankreichs, d. h. gegen die Tripel-Allianz zu organisiren (?).

* Sowohl die liberale „Daily News" wie der conservative „Standard" erörtern bei Gelegenheit der Reise des Kaisers nach Kiel in Leitartikeln die Lage Europas. „Daily News" bejammert dabei den nimmer endenden Wettstreit der Nationen, einander im Bau von Kriegsschiffen zu überbieten. „Der Kaiser kann die Armee nur verbessern; die Flotte kann er sozusagen gründen, und darum wohl wendet er ihr soviel Aufmerksamkeit zu." Der „Standard" vergleicht die Lage vor der Schlacht von Sedan mit der heutigen. Sedan, entwickelt er, rief das Kaiserreich ins Leben, welches jetzt der Angelpunct ist, um welchen sich die europäische Politik dreht. So lange wie der Franzose seine Rachegelüste nicht vergessen kann und Rußland seine Armee jährlich vergrößert, ist der politische Horizont nimmer wolkenlos. Heute blicken wir auf zwanzig seit der Schlacht von Sedan verflossene Jahre zurück. „Wird, ehe zwanzig weitere Jahre vorüber sind, Sedan durch einen größeren epochemachenden Sieg verdunkelt werden?" fragt der „Standard" am Schlusse mit trübem Blick in die Zukunft.

* **Aus Buenos-Ayres,** 4. September, wird gemeldet: Die politische Lage ist ruhiger. Der Marschbefehl der Truppen für Tucuman ist zurückgenommen worden.

* Ein Telegramm des „New-York Herald" aus Guatemala meldet, daß sich am Mittwoch vor dem dortigen amerikanischen Gesandtschaftsgebäude Pöbelhaufen zusammenrotteten, die eine drohende Haltung zeigten. Das Gesandtschaftsgebäude ist von Polizei bewacht. Die Sympathie-Kundgebungen für Christine Barrundia, die sich in strengster Haft befindet, dauern fort.

Zur Lage.

** **Berlin,** 4. September. Eine sehr rege Thätigkeit herrscht zur Zeit in den **Reichsämtern** und in den **preußischen Ministerien,** denn in allen Ressorts ist man eifrig damit beschäftigt, neue Vorlagen für die Parlamente vorzubereiten. Es handelt sich nicht nur um den Etat, welcher für das Reich bis Ende dieses Monats zum Abschluß gebracht sein muß, und auch für Preußen von den einzelnen Ministerien dem Finanzminister zu überreichen ist, sondern auch ganz besonders um die Gesetzentwürfe, welche Anfang October, so bald das Gesammtministerium wieder vollzählig in Berlin versammelt ist, diesem von den einzelnen Ministern unterbreitet werden sollen.

Organische Gesetze von einschneidender Bedeutung werden vom neuen Finanzminister und vom Minister des Innern vorgelegt werden, denn die Herren Dr. Miquel und Herrfurth bringen kein Flickwerk in die Gesetzgebung, vielmehr wird die Reform des gesammten Steuerwesens planmäßig eingeleitet, und die Denkschrift, welche dem Landtage zugehen soll, dürfte ein auch räumlich ziemlich ausgedehntes socialpolitisch und finanztechnisch werthvolles Werk sein. Ebenso wird vom Minister des Innern zugleich mit der Landgemeindeordnung eine Darstellung der Entwickelung der preußischen Verwaltung seit den Stein-Hardenberg'schen Reformen erwartet. Wenn wir ferner auf die in Aussicht genommenen Vorlagen des Cultusministers von Goßler hinweisen und daran erinnern, daß kleinere Vorlagen (Secundairbahnen und weitere Verstaatlichungen) auch vom Eisenbahnminister, ebenso vom Landwirthschaftsminister wieder neben den wiederholt verunglückten Entwürfen über den Wildschaden, das Halten der Bienen und so weiter, deren Ausarbeitung man nicht ferner der Initiative einzelner Abgeordneter überlassen will, auch neue Vorschläge zu erwarten sind, so wird man zugeben, daß wir einer der arbeitsreichsten Tagungen entgegengehen.

SLUB
Wir führen Wissen.